

# Hürden vorm Hochwasserschutz

## Zusätzliche Forderungen behindern den Baubeginn für die Mole

**In diesem Jahr sollte mit dem Molenbau am Barther Hafen begonnen werden. Doch daraus wird erst einmal nichts. Ein Gerangel um Kompetenzen sowie gewaltige Kosten sorgen für Verzögerungen.**

**Barth (OZ)** „Wir üben seit 1995“, sagt Manfred Kubitz sarkastisch. Der Mann vom Barther Bauamt spult die unendliche Geschichte vom Molenbau und Hochwasserschutz perfekt herunter: „Mit einer Studie, von der Stadt und dem Staatlichen Amt für Umwelt in Stralsund gemeinsam in Auftrag gegeben, ging es vor acht Jahren los“. Untersucht wurde, ob ein seeseitiges oder ein landseitiges Sperrwerk für den Hochwasserschutz sorgen sollte. Einigkeit gab es über den Vorteil eines Schutzes im Wasser. Doch die ermittelte Bausumme brachte Ernüchterung: 30 Millionen DM, das war weder vom Land noch von der Stadt zu finanzieren.

Ein Kompromiss wurde geboren. Wenn die auf einer Länge von 1300 Metern geplante Mole etwa 2,80 Meter hoch wird statt der ursprünglich gedachten 1,50 Meter, kann auf kostenfressende Sperrwerke mit Flutoren im Wasser verzichtet werden. Dafür werde es an Land diverse Wälle – maximal 60 Zentimeter hoch – geben.

Doch man hatte die Rechnung ohne das StAUN in Rostock gemacht. Obwohl das Stralsunder StAUN dem Projekt positiv gegenüber stand, forderten die Rostocker Amtskollegen weitere Auflagen. Ergebnis: Der Molenbau würde sich von 6,5 Millionen Euro auf 11,8 Millionen Euro verteuern.

Variante Nummer 3 ließ den Preis auf 7,5 Millionen Euro sinken. 50 Prozent soll das Umweltministerium tragen, die andere Hälfte die Stadt Barth. Hierfür wiederum hat das Wirtschaftsministerium seine Unterstützung zugesagt. Wenn es denn endlich eine endgültige Planung gibt . . .

Aber auf die wartet man in Barth weiterhin. Kurios: Das Umweltministerium hatte für 2003 Mittel im Haushaltsplan verankert, die nun nicht genutzt werden können.

„Wir können wohl demnächst mit einer Genehmigung rechnen“, meint Kubitz vorsichtig. Auch das Wirtschaftsministerium signalisierte gestern dem Barther Bürgermeister noch einmal, dass man einen Teil des städtischen Anteiles fördern werde. Doch Bedingung ist eine klare Aussage des Umweltministeriums zum Molenbau.

Schiffswerft-Geschäftsführer Armin Pfeiffer schrieb gestern an den Umweltminister: „Die schnellste Realisierung des Molenbaus und des Hochwasserschutzes für unseren Hafen und unsere Werft ist eine Existenzfrage.“ Man könne ansonsten den Werftbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten.

Bürgermeister Löttge ist frustriert: „Auch wir als Stadt müssen wie jeder andere Bürger mit Genehmigungshürden leben, die oft nicht nachvollziehbar sind.“

HANS-JOACHIM MEUSEL

**OSTSEE-ZEITUNG.DE**

© 1999-2001, Alle Rechte vorbehalten